

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0  
Telefax: 8 66 845 ppbn d  
Telefax: 9 15 20-12

## Inhalt

Margot von Renesse  
MdB legt Kernpunkte  
einer Rentenreform vor:  
Kindererziehung muß  
eine eigenständige  
Rente über Sozialhilfe-  
niveau ermöglichen.

Seite 1

Dokumentation:  
Der "Frankfurter Kreis"  
der SPD-Linken hat  
einen Beschluß zum  
Thema "Soziale Demo-  
kratie und ökologischer  
Umbau" verabschiedet.  
Der Beschluß im Wort-  
laut (Teil I).

Seite 3

47. Jahrgang / 24

4. Februar 1992

### Kindererziehung muß eine eigenständige Rente über Sozialhilfeniveau ermöglichen!

Vorschlag für eine familiengerechte und kinderfreundliche Rentenreform

Von Margot von Renesse MdB

Das Rentensystem bedarf der Reform zugunsten der Familie; zugunsten derjenigen, die Kinder aufziehen und damit die Renten der Zukunft erst ermöglichen und sichern. Es muß umverteilt werden von denen, die kinderlos bleiben, zu denen, die Kinder aufziehen und dabei viel Zeit und Engagement, nicht zuletzt aber auch Geld investieren. Die Leistungen der Mütter (heute zunehmend auch der Väter), ob erwerbstätig oder "nur" im Haushalt aktiv, müssen in der Rentenversicherung endlich als Beitragsleistung eigener Art honoriert werden.

Wer Kinder aufzieht, schöpft seine Verdienstmöglichkeiten nicht aus und trägt zugleich finanzielle Belastungen. Allein die Lebenshaltungskosten eines Kindes sind (unter Anknüpfung an die Sozialhilfe-Sätze) mit 600 DM monatlich anzusetzen. Dieser Betrag ist als Untergrenze dessen anzusehen, was Eltern finanziell zu leisten haben. Über die Jahre addiert ergeben sich fünfstellige Beträge - pro Kind! Diese Summen, aber auch das nicht materielle Engagement in der Erziehungs- und Familienarbeit tragen nicht weniger zum dauerhaften Funktionieren des Rentensystems bei als die Beiträge der heute Erwerbstätigen. Sie sind das Deckungskapital der sozialen Alterssicherung. Wer durch Kindererziehung somit seine eigene Rente vorfinanziert, muß dem gleichgestellt werden, der durch Beiträge die heutigen Rentenbezieher unterhält.

Deshalb ist unabwiesbar:

Kindererziehung muß zu einer leistungsgerechten Rentenanwartschaft führen. Das ist mit dem geltenden Recht keineswegs gewährleistet. Die mit dem ARG auf drei Jahre verlängerten Kindererziehungszeiten sind darauf angelegt, eine im Normalfall rentenunschädliche Unterbrechung der Berufstätigkeit in der Kleinkindphase zu ermöglichen. Die Höhe der daraus erwachsenden Rentenansprüche ermöglicht aber nicht mehr als eine Taschengeld-Funktion.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50  
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Prägnanter Umgang  
mit wertvollen Ressourcen  
Recycling-Papier



Dagegenüber ist die Kindererziehung als eigenständige Beitragsleistung für die Solidargemeinschaft zu werten, und zwar für den gesamten Zeitraum, in dem der Unterhalt von den Eltern geleistet wird, und zumindest in der Höhe, wie Geld für Kinder selbst unter bescheidensten Umständen aufgewendet werden muß.

Legt man die regelmäßigen Aufwendungen des Sozialamts für ein Kind zugrunde, die gegenwärtig bei 600 DM monatlich liegen, und zieht man die Leistungen des Kinderlastenausgleichs davon ab, so erfordert jedes Kind von den Eltern einen finanziellen Aufwand von etwa 500 DM monatlich. (Zum Vergleich: Das Durchschnittsentgelt aus Erwerbstätigkeit beträgt aktuell über 45.000 DM, davon 17,7 Prozent Beitrag monatlich circa 700 DM.)

Setzt man die für die Kindererziehung anzurechnenden 500 DM ins Verhältnis zu den 700 DM Beitrag bei Durchschnittsentgelt aus Erwerbstätigkeit, kommt man auf einen Beitragssatz aus Kindererziehung von gut 70 Prozent. (Setzt man 20 Jahre an, während derer ein Kind in der Familie lebt und unterhalten wird, errechnen sich bei einem Satz von 70 Prozent pro Kind 14 Entgeltpunkte, was derzeit einem Rentenbetrag von circa 590 DM entspräche. Bei drei Kindern ergäbe sich damit bereits eine Rente von 1.740 DM, ohne daß irgendwelche Erwerbstätigkeiten berücksichtigt wären. Davon könnte eine Mutter deutlich über Sozialhilfeniveau leben.)

Die durch Kindererziehung erworbenen Rentenansprüche könnten so zugeordnet werden, daß

- Alleinerziehende die Ansprüche zu 100 Prozent erwerben, während
- bei Verheirateten die Ansprüche im Regelfall auf beide verteilt werden.

Diese Reform ist finanzierbar. Die vorgeschlagene Anrechnung der Kindererziehung (als eigenständige Sicherung v.a. der Mütter) könnte die Witwen- und Witwerrente (als abgeleiteten Anspruch auf Fortführung des in der Ehe gewohnten Unterhalts) ersetzen. Das würde nicht nur der Finanzierung dienen; damit würde endlich auch dem Versicherungsprinzip Leistung (Rente) gegen Leistung (Beiträge) Rechnung getragen. Das ist bei der bisherigen Witwen- und Witwerrente nicht der Fall, wo die "Leistung" schlicht im Verheiratetsein besteht: Davon profitiert die Nur-Ehefrau ohne Kinder mit Haushaltsgehilfin ebenso wie die Mutter dreier Kinder.

Welche Veränderungen würden sich mit dem vorgeschlagenen Modell ergeben? Während die Familienleistungen - gegebenenfalls zuzüglich Beitragsleistungen aus Erwerbstätigkeit - zu eigenständiger Alterssicherung führen würden, entfielen die abgeleitete Witwen- und Witwerrente. Eine so grundlegende Umstellung erfordert Übergangsregelungen für diejenigen, die ihre Lebensplanung nicht mehr darauf einstellen können. Bei jüngeren Jahrgängen dürfte die Umstellung aber vertretbar sein, da Frauen wie Männer heutzutage auch nach der Eheschließung erwerbstätig sind und bleiben, solange keine Kinder zu versorgen sind.

Es bleibt allerdings dafür zu sorgen, daß sich zwischen Ehegatten ihre gemeinsame Teilhabe an allem in der Ehe Erworbenen auch im Rentenrecht verwirklicht. Um diesem Grundsatz, der im Versorgungsausgleichsrecht zum Ausdruck kommt, Rechnung zu tragen, könnte nach dem Tode eines Versicherten zugunsten des Versicherungskontos seines überlebenden Ehegatten dieselbe Rechnung vorgenommen werden, wie sie gegenwärtig nach einer Scheidung stattfindet: Die Hälfte der Ansprüche, um die das Versicherungskonto des Verstorbenen das des Überlebenden übersteigt, könnten diesem gutgebracht werden. Damit hätten die nicht erwerbstätigen, kinderlosen Ehefrauen immerhin eine Anwartschaft von 50 Prozent dessen, was der erwerbstätige Ehemann in der Ehe, nicht zuletzt mit ihrer Unterstützung, Hausarbeit et cetera, aufgebaut hat. Damit wäre auch dafür gesorgt, daß Verwitwete nicht schlechter gestellt werden als Geschiedene.

Im übrigen bliebe es kinderlosen Ehegatten überlassen, die Sicherung des nicht erwerbstätigen Partners privat aus den Mitteln vorzunehmen, die sie gegenüber Eltern von Kindern mangels Unterhaltsverpflichtungen sparen.

Schlußbemerkung: Es geht hier um einen grundlegenden Vorschlag zum Umbau des Rentensystems. Der Vorschlag geht ein auf die Selbstverpflichtung des Bundestags, bis 1997 für eine deutlich verbesserte Sicherung der Renten für Frauen zu sorgen. Angesichts der Komplexität des Themas muß die Diskussion schon jetzt geführt werden. Mein Vorschlag beschränkt sich

auf die Darstellung der grundsätzlichen Änderungen; die Zahlen sollen dabei nur der Orientierung dienen und sind nicht als exakte Angaben zu verstehen. Modellrechnungen müßten für genaues Zahlenmaterial sorgen. Jetzt aber geht es zunächst darum, die Richtung festzulegen, in die wir bei der nächsten, unvermeidlichen und v.a. für viele Frauen notwendigen Rentenreform gehen wollen.

(-/4. Februar 1992/hgs/ks)

\*\*\*\*\*

## DOKUMENTATION

### Neuer Aufbruch zu Reformen (Teil I)

Auf seiner Jahrestagung am 1. Februarwoche hat der "Frankfurter Kreis" der SPD-Linken einen Beschluß zum Thema "Soziale Demokratie und ökologischer Umbau" verabschiedet. Das "Diskussionsangebot" im Wortlaut.

1. Der Zusammenbruch der osteuropäischen Gesellschaftsordnungen ist kein Anlaß zu Triumph und Selbstzufriedenheit. Im Gegenteil: Das Ende einer falschen Alternative darf nicht davon ablenken, daß sich insbesondere die Weltwirtschaft auf einem hochgradig riskanten Entwicklungspfad befindet. Die Weltgemeinschaft steht an einem epochalen Scheideweg. Die technisch ökonomische Expansion, die kulturelle Durchdringung und die militärische Stärke der dominierenden westlichen Industrieländer vertieft die Spaltung zwischen Nord und Süd, spitzt national und vor allem international die Armutspyramide drastisch zu und führt immer deutlicher in ein ökologisches Desaster. "Vor uns baut sich", so der Brundland-Bericht der Vereinten Nationen, "eine verschmutzte, ökologisch immer weniger stabile, überbevölkerte und in ihrem Reichtum höchst ungleich verteilte Welt auf".

2. Die Erde wird immer mehr zu einer zerbrechlichen Einheit. Mit der Globalisierung des industriewirtschaftlichen Wachstumsmodells haben die sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Probleme einen universalen Charakter angenommen. Die Verarmung schreitet weltweit voran, jeder fünfte Mensch lebt bereits am Rande oder unterhalb des sozialen Existenzminimums. Seit dem letzten Jahrzehnt fallen vor allem die Entwicklungsländer immer stärker zurück, die 90er Jahre stehen zusätzlich im Zeichen des ökonomischen Niedergangs Osteuropas, aber auch in den westlichen Industrieländern nehmen die Krisentendenzen beängstigend zu. Die Weltökonomie spaltet immer stärker in eine Dreiviertelwelt: In ein kleines Lager der Reichen und in eine wachsende Zahl von Armen und Hoffnungslosen. Und in den westlichen Industriegesellschaften verfestigen sich Zweidrittelgesellschaften.

3. Die Verlängerung der heute industriellen Wirtschafts- und Lebensweisen führen in eine ökologische Katastrophe: Waldsterben, Ozonabbau und Klimaänderungen sind die Warnzeichen für eine neue Qualität globaler Naturzerstörung. Hierfür tragen in erster Linie die westlichen Industrieländer die Verantwortung. In den USA ist beispielsweise die Energienachfrage so hoch wie in allen Entwicklungsländer zusammen: 4,7 Prozent der Weltbevölkerung beanspruchen damit genauso viel Energie wie die 76 Prozent der Menschheit, die in den armen Regionen der Erde leben. Wenn weltweit der Motorisierungsgrad der Bundesrepublik erreicht wäre, dann hätten wir auf unserem Planeten nicht, wie derzeit, knapp 500 Millionen Autos, sondern fast drei Milliarden. Und schon heute ist eine weitere ökologische Verrottung nicht mehr zu verhindern, denn die Veränderungen in den globalen Stoffkreisläufen zeigen sich in der Regel erst mit einer zeitlichen Verzögerung bis zu Jahrzehnten zwischen den Emissionen und Schadensfolgen. Dadurch sind eine weitere Ausdünnung der Ozonschicht, die Aufheizung der Erdatmosphäre oder die Verschlechterung der Biodiversität sind bereits programmiert.

4. Die Bevölkerungsdynamik hält unverändert an. Neben kulturellen Gründen sind Armut und Unterentwicklung die entscheidenden Gründe. In den nächsten 30 Jahren ist mit einem weiteren Wachstum um rund drei Milliarden Menschen zu rechnen, davon werden 90 Prozent auf

die Entwicklungsländer entfallen. Allein um eine ausreichende Welternährung zu gewährleisten, muß im gleichen Zeitraum die landwirtschaftliche Produktion verdoppelt werden. Um das Bevölkerungswachstum zu stoppen, muß im Weltdurchschnitt die 'Zwei-Kinder-Familie' erreicht werden und dann dauert es noch rund 40 Jahre, bis es nicht mehr ansteigt.

5. Diese Fehlentwicklungen, die sich gegenseitig negativ verstärken können, stehen in einem engen inneren Wechselverhältnis mit den Bewegungsgesetzen der technischen und ökonomischen Expansion, wie sie sich in den letzten 500 Jahren Eurozentrismus herausgebildet haben. Die Grenzen dieses kulturellen und ökonomischen Modells, das in seiner expansiven Wachstumsdynamik immer stärker zu Lasten Dritter geht, ist erreicht. Soll die 'Dritte-Welt' nicht wie die 'Erste' werden oder will die 'Erste-Welt' nicht auf den Stand der 'Dritten' zurückfallen, dann ist vor allem in den westlich-kapitalistischen Industrieländern eine offensive Auseinandersetzung mit der Ideologie der 'engine of growth' notwendig. Dann müssen schnell die Weichen für eine 'nachhaltige Entwicklung' der Weltwirtschaft gestellt und die nationalen Expansionsinteressen begrenzt und der Reichtum sozial gerechter verteilt werden. ('Selbstbegrenzung aus Freiheit'.) Und mehr denn je müssen die globalen Vernetzungen beachtet und mögliche Fernwirkungen in die politischen Entscheidungen einbezogen werden. Doch statt auf die Zuspitzung der sozialen und ökologischen Probleme mit einer Reform von Industriegesellschaften und Weltwirtschaft zu reagieren, werden auch weiterhin die Folgen auf Dritte abgewälzt. Und mit dem Niederkonkurrieren schwächerer Volkswirtschaften, Branchen und Unternehmen verschärfen sich wiederum die sozialen Probleme und beschleunigt sich die ökologische Krise.

6. Die Fortschrittsidee der Neuzeit ist eng mit der Entfaltung der technisch-ökonomischen Produktivkräfte verbunden. Die Ausrichtung auf die Welt der Ökonomie muß als der Versuch verstanden werden, mehr Vernunft, Wohlstand und Frieden in eine instabile Welt von Armut, Kriegen und Ungleichheit zu bringen. Welthandel, Infrastruktur, Sozialstaat und Technologieförderung sind Stichworte eines integrativen Konzepts, das auf allgemeine Wohlstandssteigerung und ein friedliches Zusammenleben der Völker abzielt. Durch die sozialen Bewegungen und die Herausbildung von Demokratie konnten zweifellos für einen Teil der Welt erhebliche Verbesserungen erreicht werden. Doch unter den Bedingungen des entwickelten Weltmarktes werden die Grenzen dieses europäischen und neoeuropäischen Entwicklungsmodells immer deutlicher. Weder national und noch weniger global sind die ökonomischen, sozialen und ökologischen Grundfragen gelöst und die Weltgemeinschaft gleitet erneut ab in Instabilität, Kolonialismus und Selbstzerstörung. Das eurozentrische Machtsystem hat die Weltgemeinschaft in diesem Jahrhundert schon zweimal in ein großes Massaker geführt. Auch heute wächst wieder die reale Gefahr, daß wirtschaftliche Krisen, soziale Ausgrenzungen, nationale Rivalitäten, ökologischer Kolonialismus und politischer Machiavellianismus in einen globalen Brutalismus führen.

7. Waren die 60er und ersten 70er Jahre von Zukunftsgewißheit und Reformbereitschaft geprägt, so wird heute das öffentliche Bewußtsein von Zukunftsgefahren und Politikdistanz bestimmt. Nicht die Suche nach einer sozialen Utopie zur Gestaltung der Gesellschaft hat Vorrang, sondern die Verkürzung der Problemsicht auf eine 'Risikotechnokratie', dessen zentraler Bezugspunkt 'überleben' ist. Die Unsicherheiten über die weitere Entwicklung der Gesellschaften wirken auch auf ihren inneren Zustand zurück. Individuelle und kollektive Sicherheit sind jedoch wichtige Bedingungen für die Festigkeit der Demokratie und die Bereitschaft zum sozialen und ökologischen Engagement. Ihr Verlust beinhaltet dagegen die Gefahr autoritärer Entwicklungen, rechtsradikaler Gewalt und politischer Handlungsunfähigkeit. Von daher ist heute mehr denn je die Entwicklung einer konkreten Utopie zur sozialen und ökologischen Reform notwendig, die dem Einzelnen Bindungen verschafft und der Entwicklung der Gesellschaft Orientierung gibt.

8. Die beschriebenen Gefahren sind menschenbedingten Ursprungs. Selbst eine globale Öko-Krise käme nicht naturgesetzlich, sondern weil in der Organisation von Gesellschaft die Naturgesetze mißachtet werden. So komplex die Ursachen und Folgen auch sein mögen: Immer existieren konkret identifizierbare Haupttäter und Hauptopfer und jede Krise hat, zumindest solange es nicht zum Zusammenbruch ganzer Systeme kommt, in der Regel auch spezifische Verteilungswirkungen: Sie verschärft bestehende Ungleichheiten und Abhängigkeitsverhält-

nisse. So beschreiben auch die Vereinten Nationen die Folgen globaler Naturzerstörungen: "Die Verteilung der Folgen im Raum, zwischen den Einkommensgruppen und zwischen den Generationen ist wahrscheinlich das kritischste Element in der Fähigkeit von unterschiedlich betroffenen Gesellschaften und Gruppen, abgestimmt auf die Umweltgefahren zu reagieren, denn die 'Zerrüttungskosten' werden ungleich verteilt sein."

9. Je länger die Industrieländer den sozialen und ökologischen Umbau ihrer Gesellschaften hinauszögern, desto mehr wächst die Gefahr, daß autoritäre Anpassungsreaktionen an Boden gewinnen und die Krisenfolgen auf die ohnehin wirtschaftlich Schwächeren abgewälzt werden. Das Forschungszentrum Jülich bringt in einer Studie diesen Konflikt auf den Punkt, indem es die Frage stellt: "Was passiert bei einer Zuspitzung der Umweltkrise, wenn China und Indien, potentielle Großmächte des nächsten Jahrhunderts, nicht auf die intensive Nutzung ihrer reichlich vorhandenen Kohlevorräte verzichten, aber die Industrieländer auch nicht ihr hohes Nachfrageniveau reduzieren wollen?" Welche Zukunftskonflikte sind programmiert, wenn die, die 'oben' sind, sich nicht ändern, aber wegen der globalen Folgen ihres Handelns auch nicht zulassen, daß andere nach oben kommen? Der 2. Golfkrieg, ein Krieg um die energiereichste Region der Erde, hat einen ersten Eindruck der möglichen Zukunftsauseinandersetzung um Naturgüter und Rohstoffe gegeben.

10. In den Entwicklungsländern wird sich nichts ändern, wenn sich in den Industrieländern nichts ändert. Aber die wirtschaftlich starken Staaten sind bisher über unverbindliche Absichtserklärungen nicht hinausgekommen. Konkrete Taten werden aber auch weiterhin auf die lange Bank geschoben, wenn kein wichtiges Industrieland bei sich selbst beginnt. Deshalb ist ein 'sozial-ökologischer Domino-Effekt' notwendig, um konkret auszutesten, wie die Wirtschafts- und Entwicklungsparameter neu bestimmt werden können. In welche Richtung dabei gehandelt werden muß, ist bekannt. Die entscheidende Frage heißt vielmehr, wer fängt an, setzt andere unter Zugzwang und reißt sie mit? Japan und die USA sind von einer solchen Absicht weit entfernt und auch in Westeuropa wächst unter dem Druck des krisenhaften Weltmarktes die Tendenz, ökologische Ziele zurückzustellen. Aber dennoch gibt es keine Alternative dazu, in Westeuropa, das sehr viel stärker als die anderen industriellen Zentren der Erde von den Folgen der Krisentrends betroffen sein würde, den Versuch auszutesten, Leben im Einklang mit der Natur, soziale Gerechtigkeit und nachhaltiges Wirtschaften miteinander zu verbinden.

11. Die deutsche Sozialdemokratie hat eine Schlüsselrolle bei der Antwort auf die Frage, ob die Zukunftsbedrohungen dadurch verhindert werden können, daß der sozial-ökologische Umbau in einem wichtigen Industrieland zu einer mehrheitsfähigen Alternative wird. Die SPD würde nichts verhindern, wenn sie bei den zentralen Konflikten nur den pragmatischen Konsens mit dem Gegebenen suchte und sich damit den politischen Strömungen des Neokonservatismus und Neoliberalismus anpaßte. Die SPD muß sich unabhängig von ihren inneren Meinungsdivergenzen als politische Kraft entscheiden, ob sie die ungestörte Entwicklung des Kapitalismus hinnehmen, ob sie die Ungleichheiten zwischen Nord und Süd tolerieren, ob sie sich dem neu entfachten Nationalismus entgegenstellen, ob sie auf die Naturzerstörung nur mit einer konformen Ökotechnokratie reagieren will? Und sie muß, wenn sie widersteht, dann auch mit ihrer Rolle fertig werden, zugleich drinnen wie draußen, zugleich Regierungs- wie Oppositionspartei zu sein. Die Zeit der Beliebigkeit und der Wahl zwischen unterschiedlichen Optionen muß zu Ende gehen, Richtungsentscheidungen zur Gestaltung der Zukunft werden erforderlich. Allen mehr oder weniger berechtigten Kritikern an der SPD sei deshalb gesagt: Ideologische Scheinkonflikte und krampfhaftes Abgrenzen werden dem Ernst der politischen Situation nicht gerecht. Wenn die SPD sich den großen Zwängen des Gegebenen unterwerfen sollte, wäre der Kampf um die Zukunft schon verloren. Damit wüchse die Gefahr, daß die Krisen der Vergangenheit zurückkehren und sich mit den Gefahren der Zukunft verbinden.

12. Die SPD hat mit dem Berliner Grundsatzprogramm von 1989 und dem Konzept "Fortschritt '90" wichtige Grundlagen für eine Reform der Gesellschaft erarbeitet. Wir erwarten, daß die Kommissionen "Deutschland 2000" und "SPD 2000" darauf aufbauen, die Vorstellungen erweitern und konkretisieren. Der Neokonservatismus und der Neoliberalismus sind gescheitert, am deutlichsten in den USA und Großbritannien, und er hat in den Entwicklungsländern furchtbare Opfer hinterlassen. Damit wächst aber auch die Gefahr, daß es zu einer autoritären

Radikalisierung kommt, wenn es den Reformkräften nicht gelingt, eine konkrete Alternative aufzuzeigen. Die SPD hat 1994 die Chance auf eine neue Mehrheit in der Bundesrepublik, wenn sie sich auf ihre historische Stärke als Reformpartei besinnt und die erneuerte Idee der sozialen Demokratie mit dem ökologischen Umbau der Gesellschaft verbindet. Auch deshalb muß Schluß sein mit einer Profilierung auf Kosten der Glaubwürdigkeit der SPD. Nicht die ständig weitere Aufteilung des Ganzen darf die politische Linie sein, sondern die Zusammenführung der Stärke der Einzelnen in ein überzeugendes Ganzes.

13. Der Frankfurter Kreis setzt sich ein für eine Politik der sozialen Demokratie und des ökologischen Umbaus. Die politische Linke unterstreicht damit ihren Anspruch, wieder eine große Geschichte für die Zukunft unserer Gesellschaft zu schreiben. Wir wollen ein Modell für die Entwicklung der Welt, das die gerechte Teilhabe aller am Wohlstand und den Einklang mit der Natur ermöglicht. Das erfordert ein globales Umdenken, der Gemeinschaft wie des Einzelnen. Die gestaltenden Prinzipien dieser Neuorientierung sind Vermeiden, Entschleunigen, Zusammenführen durch gerechtes Teilen.

- o Im Zentrum steht die Ökologisierung des Produktionsprozesses von der Rohstoffgewinnung über die Herstellung und Produktqualität bis hin zur Anwendung und Entsorgung. Dazu ist einerseits die Erweiterung der Beteiligungs- und Gestaltungsrechte der Bürgerinnen und Bürger als Produzenten und auch als Konsumenten notwendig. Durch den Abbau von Hemmnissen, eine Modernisierung der staatlichen Handlungsfähigkeit und eine ökologische Steuerreform und Stoffpolitik müssen die Rohstoff- und Energieproduktivität gesteigert werden. Damit kann der Faktor Arbeit relativ entlastet werden.
- o Durch eine Reform des Sozialstaates wollen wir den unsozialen Folgen des kapitalistischen Produktionsprozesses begegnen, die die soziale Spaltung überwindet und solidarische Sicherungen ermöglicht: Die Verwirklichung der Rechte auf Wohnen, auf Arbeit, auf soziale Mindestsicherung, auf tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter. Hierzu ist die Verfassungsdiskussion um Grundrechte und Staatszielbestimmungen zu verbinden mit konkreten Gesetzesvorhaben wie ein neues Gesetz über den Schutz der Gesundheit am Arbeitsplatz oder zur Absicherung des Pflegerisikos.
- o Wir wollen die Verhältnisse und das Verhalten ändern. Im Sinne der Erziehung der Erzieher ist eine ökologische Bildungspolitik in allen Fächern von Schulen und Hochschulen einzuführen.

Der Frankfurter Kreis fordert eine integrierte Durchsetzungsstrategie für die sozialdemokratische Politik. Die verschiedenen Ebenen in EG, Bund, Ländern und Kommunen sind eng miteinander zu verknüpfen. Sozialdemokratische Politik erfordert ein hohes Maß an Programmglaubwürdigkeit. Kurzfristige und längerfristige Maßnahmen müssen aufeinander bezogen werden, damit der Vollzug des Weges die Ernsthaftigkeit des Ziels erkennbar ist und erkennbar bleibt.

(-/4. Februar 1992/hgs/ks)

\*\*\*\*\*

(Den zweiten Teil und Schluß veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe.)